

# SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/220

18. November 1974

Endlich vom Tisch

---

Neues Entwicklungshilfesteuergesetz beseitigt Etikettenschwindel

Von Erwin Stahl (Kempen) MdB  
Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit  
in der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 1 bis 3 / 124 Zeilen

Kreativität und Verantwortung

---

Die Politik des dritten Schriftstellerkongresses  
in Frankfurt

Von Dr. Olaf Schwencke MdB  
Mitglied des Ausschusses für Kultur und Erziehung  
des Europarates

Seite 4 / 39 Zeilen

Imponiergehabe oder Partnerschaft?

---

Die Frage nach der zeitgemäßen Kulturpolitik  
im Ausland

Seite 5 und 6 / 62 Zeilen

Die Demokratie braucht das ganze Volk

---

Zur ersten freien Wahl in Griechenland seit einem  
Jahrzehnt

Seite 7 und 8 / 59 Zeilen

Chefredaktion: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressehaus I, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telefax: 04 86 848 - 68 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Endlich vom Tisch  
-----

**Neues Entwicklungshilfesteuergesetz beseitigt Etikettenschwindel**

Von Erwin Stahl (Kempen) MdB

Obmann der Arbeitsgruppe wirtschaftliche Zusammenarbeit  
in der SPD-Bundestagsfraktion

Wie politisch "fachfremde" Sachzwänge gelegentlich eine unbeliebte und im strengen Sinne auch nicht funktionsgerechte Entscheidung herbeiführen können, zeigt die Neuauflage des Entwicklungshilfesteuergesetzes, dessen alte Fassung am 31. Dezember 1973 abgelaufen war. Niemand in der SPD-Bundestagsfraktion fand dieses Gesetz einer glühenden Verteidigung wert, aber vielschichtige neue Verknüpfungen im wirtschafts- und entwicklungs-politischen Raum außerhalb der Bundesrepublik Deutschland haben seine Novellierung sachlich beeinflußt und die Verabschiedung im Bundestag bewirkt.

Daß dabei einige marginale Verbesserungen erzielt worden sind, ändert wenig an der Tatsache, daß die rund 200 Millionen DM, die es an Steuermin-dereinnahmen bewirkt, wahrscheinlich gezielter und wirksamer im Bereich der möglichen Investitions- und Projektlenkung in der öffentlichen Entwick-lungshilfe angelegt wären. Mit der Umbenennung dieses Gesetzes hört wenigstens der Etikettenschwindel auf, weil das alte Entwicklungshilfesteuergesetz entwicklungspolitisch bestenfalls neutral war. Der weitaus größte Teil der Steuervergünstigungen fiel auf touristische Investitionen und derartige Unternehmen, die auch ohne das Gesetz im befindlichen Land investiert hät-ten. Die vorhandenen Zahlen der letzten Jahre sprechen darüber eine beredete Sprache. Der umstrittene und unerträgliche Bewertungsabschlag entfällt und ist passé. Auch die Möglichkeit, in Spanien damit Hotels zu bauen, also Kapitalanlagen im Bereich des Fremdenverkehrs, entfallen generell. Deshalb soll das neue Gesetz Entwicklungsländersteuergesetz heißen: die gewünschte Zielrichtung ausdrückend, aber nicht alles haltend, was man sich als Ziel gesetzt hat.

Eine weitere Verbesserung liegt in der vorhandenen Verstärkung der Anreize zur Investition in den 25 am wenigsten entwickelten Ländern (LDC). Dies soll dadurch erreicht werden, daß hier Rücklagen bis zu 100 vH des Wer-tes der getätigten Investitionen im Heimatland gebildet werden können, die von den Gewinnen im Inland abgezogen und in die Rücklagen ohne Versteuerung eingesetzt werden und erst nach Auflösung im festgesetzten Zeitraum ver-steuert werden müssen. Damit wird versucht, mehr - vom entwicklungspoliti-

achen Standpunkt aus durchaus erwünscht - Privatinvestitionen in die am wenigsten entwickelten Länder unserer Erde zu leiten als bisher. Es ist zu hoffen, daß durch die Einführung dieses Punktes im neuen Gesetz die Investitionstätigkeit der Firmen dort tatsächlich angeregt wird.

Die Opposition hat - aus Mangel an eigenen Ideen - vorgeschlagen, den Prozentsatz der Rückstellungen für die Länder der zweiten im Katalog aufgeführten Gruppe von 40 auf 50 vH zu erhöhen. Diese Maßnahme würde Mindereinnahmen von rd. 46 Millionen DM mit sich bringen, obwohl der CDU/CSU bekannt ist, daß eine derartige Maßnahme sich als "Geschenk" an einige wenige Großinvestoren herausstellen würde. Diesem Argument der Höhersetzung der Rücklagemöglichkeit konnte die SPD-Fraktion nicht folgen, weil wir der Überzeugung sind, daß die neue Lage des Rohstoffproblems durchaus die Prognose zuläßt, daß dieses neue Gesetz trotzdem künftig stärker als bisher in Anspruch genommen wird.

Der Katalog der Länder, für die das neue Entwicklungsländersteuergesetz gelten wird, ist in zwei Kategorien eingeteilt: Die erste umfaßt die schon erwähnten am wenigsten entwickelten Länder (LDC), die zweite alle übrigen Entwicklungsländer gemäß den Kriterien der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), in denen Rücklagenbildungen von 40 vH des Wertes der getätigten Investitionen vorgenommen werden können. Das größte Problem war und ist, daß in den Katalog Länder aufgenommen worden sind, die zwar strukturell unterentwickelt sind, aber aus dem Export von Öl und anderen Rohstoffen so hohe Erlöse erzielen, daß ihr jährliches pro Kopf-Einkommen das der Bundesrepublik zum Teil übersteigt. Das Emirat Abu Dhabi z.B. ist im Länderkatalog, obwohl es mit einem jährlichen pro Kopf-Einkommen von rd. 45.000 Dollar das reichste Land der Erde ist.

Es wurden aber auch Länder wie Jugoslawien und Rumänien sowie die nach dem 31. Dezember 1974 unabhängig werdenden außereuropäischen Länder neu aufgenommen. Aus anderen als entwicklungspolitischen Gründen ist es allerdings schwierig, ein Land wie Abu Dhabi aus der Liste zu streichen. Die außenpolitische Bedeutung eines Schrittes dieser Art würde seine im engeren Sinne funktionsgerechte Wirkung weit übersteigen. Die Folgen für die Rohstoffversorgung bei einer Herausnahme der arabischen Ölstaaten bei gleichzeitiger Einbeziehung Israels in den Länderkatalog sind schwer abschätzbar. Deshalb haben sich der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie die Koalitionsfraktionen bei der dritten Lesung in der abschließenden Beratung im Plenum einer Beibehaltung des vorgesehenen Länderkataloges trotz schwerer Bedenken nicht widersetzt.

Freilich versucht die SPD-Fraktion trotzdem, das Gesetz auch in dieser Form nicht zu perpetuieren. Sie schlägt eine Laufzeit von maximal fünf Jahren vor mit der Maßgabe, daß die Bundesregierung ein Jahr vor Ablauf des Gesetzes dem Bundestag Regelungen vorlegen soll, die nach der dreifachen Zielrichtung des Entwicklungsländersteuergesetzes aufgeteilt sind: Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern, allgemeine Auslandsinvestitions-

förderung und Rohstoffsicherung.

Ein besonderer und ganz neuer Punkt im Gesetz ist die Bevorzugung der Kapitalanlagen in Entwicklungsländern, mit einem größeren Beschäftigungseffekt. Da gerade die Entwicklungsländer über große Reserven an Arbeitskräften verfügen und die Arbeitslosenzahlen kaum erfaßt sind, soll diesem Tatbestand, wie von vielen internationalen Organisationen gefordert, besonders Rechnung getragen werden. Es ist das Ziel, zu helfen, die Arbeitslosigkeit zu mindern und die sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Lohnabhängigen zu verbessern.

Bei arbeitsplatzintensiven Investitionen beträgt der Auflösungszeitraum der Versteuerung für die gebildeten Rücklagen 12 statt sechs Jahre, also die doppelte Zeit als bei den sogenannten "Normalinvestitionen", die die angesprochene Beschäftigungswirksamkeit nicht nachzuweisen brauchen. Die Feststellung der Beschäftigungswirksamkeit soll in einem Bescheinigungsverfahren durch den Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Wirtschaft aufgrund von Nachweisen der investierenden Unternehmen erfolgen. Dabei wird eine Lohnanteilquote am Umsatz um die 40 vH als Maßstab nach meinen Erfahrungen und Kenntnissen angelegt werden müssen, abzüglich der Kosten für das Management der im Entwicklungsland tätigen Firmen. Diese Bevorzugung arbeitsplatzintensiver Investitionen ist ein lang in den Bundestagsfraktionen und unserer Partei diskutierter Punkt, der entwicklungspolitisch als sehr positiv bei diesem Gesetz herausgestellt werden muß.

Jeder Staat hat das Recht, seine grundlegenden wirtschaftlichen Interessen zu verfolgen. Es ist legitim, die eigene Industrie durch Erleichterung von Auslandsinvestitionen vor allem in Entwicklungsländern zu fördern. Es wäre auch kurzsichtig, keine langfristige Sicherung der Rohstoffversorgung anzustreben, aber es ist fregwürdig, diese Notwendigkeit unter dem Namen Entwicklungshilfe zu machen. Entwicklungshilfe wird durch ganz andere Aspekte charakterisiert, und sie kann schweren Schaden leiden, wenn sie ständig mit fachfremden Interessen verquickt wird. Die Bundesregierung hat dies erkannt, die Aussagen von Minister Egon Bahr und seinem Parlamentarischen Staatssekretär Alwin Brück beweisen dies deutlich.

Abschließend sei gesagt: Das Gesetz ist kein Meilenstein in der mit neuen positiven Prioritäten versehenen deutschen Entwicklungshilfe. Aber da ein Jahr vor Ablauf des jetzt verabschiedeten Entwicklungsländersteuergesetzes für die drei durch das Gesetz verfolgten und angestrebten Ziele - wie Förderung von Investitionen in Entwicklungsländern, allgemeine Auslandsinvestitionsförderung und Rohstoffsicherung - einzelne Regelungsvorschläge dem Bundestag unterbreiten müssen, ist es der "Vorläufer" einer sach- und problembezogenen Lösung in absehbarer Zeit. Dies ist ein durchaus vernünftiger und zu verantwortender Kompromiß zwischen unserer Entwicklungspolitik und eigenen Interessen unserer nationalen Wirtschaftspolitik an mehr Sicherheit.

Es wird bestimmt Kritiker geben, denen das neu verabschiedete Gesetz und meine Aussage nicht gefallen, doch sollte wenigstens anerkannt werden, daß die Bundesregierung und die sie tragende SPD-Bundestagsfraktion dem neuen Trend der weltwirtschaftlichen Lage Rechnung getragen haben.

(-/18.11.1974/ks/pr)

+ + +

Kreativität und Verantwortung  
-----

Die Politik des dritten Schriftstellerkongresses in Frankfurt

Von Dr. Olaf Schwencke MdB

Mitglied des Ausschusses für Kultur und Erziehung des Europarates

Auch der soeben in Frankfurt beendete dritte Kongreß des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier war politisch. Vom Rückzug in die Poesie - nun dichten sie wieder... - konnte jedenfalls für die 300 anwesenden Schriftsteller (von 2.700 Mitgliedern) nicht die Rede sein.

Politisch war der Kongreß nicht nur durch die sehr unterschiedlichen, teils völlig unverständlichen Voten zum Tode von Holger Meins und dem Mord an dem Berliner Richter Günter von Drenkmann zur Vorbereitung der dann schließlich angenommenen Resolution (die in ihrer Einseitigkeit und ihren unbegründeten Vorwürfen gegen die Justiz in der Öffentlichkeit wohl kaum als hilfreich empfunden werden wird), sondern vielmehr durch die berufsspezifischen Themen, die beispielsweise das Tarifrecht, die Bibliotheksangelegenheiten, das Autorenversorgungswerk, die Mehrwertsteuer, die Mediensituation etc. betrafen. Das von Heinrich Böll auf dem ersten Schriftstellerkongreß proklamierte "Ende der Bescheidenheit" hat sich nicht realisieren lassen: Die materielle Situation der Schriftsteller in der Bundesrepublik Deutschland ist, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, nach wie vor außerordentlich schlecht.

Es ist Dieter Lattmanns Verdienst, diesen Sachverhalt immer wieder neu in der Öffentlichkeit und im politischen Feld deutlich dargestellt zu haben. Er hat die notwendigen gesellschaftspolitischen Schritte eingeleitet, die jedenfalls längerfristig eine gewisse soziale und Alterssicherung für die Schriftsteller bringen werden. Dieser Aufgabe wird er sich mit Unterstützung der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion weiter annehmen, gerade weil er sich künftig stärker auf die Wahrnehmung seines Bundestagsmandats konzentrieren will und daher nicht erneut zum Vorsitzenden kandidierte.

Dem neuen Vorsitzenden des Schriftstellerverbandes, Horst Singel, ist zu wünschen, daß ihm eine Fortsetzung der Arbeit Lattmanns gelingt: kreativ-politisch die Schriftsteller-Existenz zu sichern in der "Spannung zwischen schöpferischer Individualität und organisatorischen Normen, zwischen Poesie und Technik, dem Subjektiven und der Macherwelt".

Willy Brandt appellierte auf dem Stuttgarter zweiten Schriftstellerkongreß an die kritischen Intellektuellen: "Ich scheue mich nicht, als Politiker sie, die Schriftsteller, um Hilfe zu bitten, damit nicht abermals die Vernunft an der Ignoranz scheitert." Dem ist heute, aus gegebenem Anlaß, seitens der sozialdemokratischen Bundestagsfraktion nichts hinzuzufügen.  
(-/18.11.1974/bgy/hh)

+ + +

### Imponiergehabe oder Partnerschaft?

#### Die Frage nach der zeitgemäßen Kulturpolitik im Ausland

"Kulturpolitik im Ausland zeitgemäß!" war die Forderung, die der Arbeitskreis Außenpolitik der SPD-Bundestagsfraktion als dringliches Thema auf seinem Treffen in Münstereifel mit sozialdemokratischen Praktikern der auswärtigen Kulturarbeit "vor Ort" diskutierte. Es traf sich gut, daß gegenwärtig "Der deutsche Monat" in London - gewissermaßen als Modellveranstaltung - zeigen soll, wie man "Kulturpolitik zeitgemäß" praktizieren kann. Einer der Höhepunkte der Veranstaltungsserie des "Deutschen Monats" ist die englische Premiere von Schillers Räubern unter dem Titel "The Highwaymen", inszeniert von dem jungen, erfolgreichen englischen Regisseur Hovhannes I Pilikian, einstudiert von einer englischen Truppe.

Was ist "Kulturpolitik im Ausland zeitgemäß" für die kulturpolitisch engagierten Abgeordneten im Arbeitskreis Außenpolitik der SPD-Fraktion, die außerdem z.T. in der Enquête-Kommission des Bundestags zur Reform des Inhalts, der Organisation der bundesrepublikanischen Kulturpolitik im Ausland und seiner Instrumente mitarbeiten? Keiner zögert natürlich, eine moderne Erweiterung des Kulturbegriffs als Voraussetzung einer modernen deutschen Kulturpolitik im Ausland als dringlich zu fordern. Dies heißt, die gespreizte Selbstdarstellung deutscher Kultur, die zudem sich nur um Kultur wie Musik, Malerei und bildende Kunst, schöne Literatur und Förderung der deutschen Sprache kümmerte, wird in einer mehr und mehr zusammenwachsenden Welt umgewandelt und erweitert in partnerschaftliche Information und Erarbeitung von beiden Seiten interessierender Erkenntnisse. Unter Kultur aber sind nun auch zu verstehen gesellschaftliche Bereiche wie das Leben in der Stadt der Industriegesellschaft, Existenzfragen aus der Arbeitswelt, Entwicklung zurückgebliebener Gebiete, Fragen der Gleichberechtigung usw.

Im Modellfall London, der sicherlich auch negative Erfahrungen bringen wird, stehen während des "Deutschen Monats", der bis zum 4. Dezember andauert, Veranstaltungen auf dem Kalender, die bisher wohl wenige Goethe-Institute (als Träger deutscher kulturpolitischer Aktion) im Ausland wagten. Der Initiator des "Deutschen Monats", ein Sozialdemokrat, berichtete in Münstereifel über sein laufendes Experiment. In seinem Veranstaltungskalender stehen Veranstaltungen wie ein Seminar "Neue Entwicklungen in der

Regional-Planung - deutsche und schottische Aspekte" oder "Stadt-Planung und der Arbeitsmarkt", veranstaltet von Polytechnic of Central London (Polytechnisches Institut).

Neben den Inhalten einer zeitgemäßen Kulturpolitik stehen auch die Organisationsformen und die Träger der praktischen, auszuweitenden Kulturarbeit im Ausland zur Debatte. Da gibt es das Goethe-Institut, den Deutschen Akademischen Austauschdienst, Inter Nationes, die Deutsche Stiftung für Internationale Entwicklung, die Carl-Duisberg-Gesellschaft (vielleicht gehört nach einem umfassenden Kulturbegriff auch der Deutsche Entwicklungsdienst dazu), deren Tätigkeits-Abgrenzungen von den Mitgliedern des Außenpolitischen Arbeitskreises weitgehend nicht verstanden werden. Manche Abgrenzungen sind zwar aus der historischen Entwicklung zu verstehen, halten aber oft einer rational-ökonomischen Prüfung nicht Stand. In Jahren eines unerbittlichen Sparzwanges ist daher dringlicher als je der Ruf nach Durchforstung der Trägerorganisationen zu hören. Die kulturpolitisch besonders engagierten Mitglieder des Arbeitskreises, die MdB Karl-Hans Kern, Dieter Lettmann und Lenelotte von Bothmer, untersuchten denn auch beim Treffen in Münstererifel vom Standpunkt des Parlamentariers aus die Arbeitsüberschneidungen zwischen dem Goethe-Institut und Inter Nationes.

Die Enquête-Kommission Auswärtige Kulturpolitik, die gemäß des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 18. März 1970 Unterlagen über "die zukünftigen Aufgaben der auswärtigen Kulturpolitik" schaffen soll, hat mit ihrem Zwischenbericht vom 22. September 1972 ein erstes Ergebnis ihrer Prüfungs- und Durchforstungsarbeit vorgelegt. Jetzt wird die Frage akut, ob der endgültige Bericht noch in dieser Legislatur-Periode vorgelegt werden kann. Der Arbeitskreis Außenpolitik in der SPD-Fraktion bemüht sich darum, den Auftrag des Bundestages beschleunigt zu erledigen. Er braucht dazu die Mitarbeit des Koalitionspartners und natürlich auch der Opposition.

Heinz Ockhardt  
(- / 18. 11. 1974/bgy/pr)

+ + +

## Die Demokratie braucht das ganze Volk

---

### Zur ersten freien Wahl in Griechenland seit einem Jahrzehnt

Nach fast elf Jahren hatte am Sonntag das griechische Volk zum ersten Mal wieder die Gelegenheit, seinen politischen Willen in Parlamentswahlen zum Ausdruck zu bringen. Fast sechs Millionen Griechen sind zu den Urnen gegangen, denn in Griechenland besteht Wahlpflicht für alle Bürger zwischen 21 und 70 Jahren. Von diesen fast sechs Millionen ging fast jeder zehnte zum ersten Mal in seinem Leben zur Wahl. Diese Zahl hätte leicht noch höher liegen können, doch viele Jugendliche lehnten es ab, sich während der Militärdiktatur der Christen in die Wahlverzeichnisse eintragen zu lassen. Diese Eintragung muß aber ein halbes Jahr vor der Wahl erfolgen. Von der Wahl faktisch ausgeschlossen waren darüber hinaus die meisten Auslandsgriechen, denn aufgrund der Wahlpflicht ist die Möglichkeit der Briefwahl in Griechenland gar nicht erst vorgesehen. Abstimmen konnten sie also nur, wenn sie sich am Sonntag im Land aufhielten. Manche, vor allem unter den in der Bundesrepublik lebenden 250.000 Auslandsgriechen, haben sich in der Tat in die Heimat begeben, um an dieser historischen Entscheidung mitzuwirken.

Die Tatsache, daß diese beiden Gruppen nicht gewählt haben, beeinträchtigte ein bißchen das Wahlergebnis, denn die meisten der griechischen Jugend und der griechischen Arbeitnehmerschaft in der Bundesrepublik gehören den beiden Flügeln der Zentrumsunion an: dem liberalsozialdemokratischen und dem sozialistischen.

Die Überraschung des Wahlergebnisses lag nur in dem Prozentsatz. Alle hatten erwartet, daß die "neue Demokratie" des Ministerpräsidenten Karamanlis die meisten Stimmen auf sich vereinigen würde. Jedoch wenige konnten ahnen, daß eine hohe absolute Mehrheit erreicht würde. Psychologisch waren die Griechen vier Monate nach dem Sturz der Militärdiktatur immer noch befangen



in der Angst vor dem damaligen Terrorregime. Sie erhofften sich von Karamanlis, dem Chef der Konservativen, Sicherheit und größtmögliche Gewähr dafür, daß der 21. April 1967, der Tag des Militärputsches, sich nicht wiederholt. Bereits zwischen 1955 und 1963 war Karamanlis Regierungschef in Griechenland. "Karamanlis oder die Panzer" hieß die Alternative gerade in den Provinzen des Landes. So ist der sensationelle Sieg dieser Partei zu erklären, Karamanlis erhielt nach dem vorläufigen Endergebnis 54,6 vH aller abgegebenen Stimmen und 214 der insgesamt 300 Sitze im neuen Parlament.

Die Zentrumsunion der liberalen Mitte hatte sich bereits vor den Wahlen gespalten. Noch 1964 konnte sie unter ihrem Gründer Georg Papandreu 53 vH der Wählerstimmen auf sich vereinigen. Jetzt erreichte ihr liberaler und sozialdemokratischer Teil unter dem früheren Außenminister Georg Mavros 20,6 vH und 64 Sitze. Der sozialistische Flügel unter Andreas Papandreu, dem Sohn des früheren Regierungschefs, erlangte 13,4 vH oder 12 Sitze. Damit hat Papandreu die 17 vH-Hürde nicht erreicht und ist nur durch Direktkandidaten im Parlament vertreten.

Spät in der Nacht zum Montag hat Karamanlis sehr versöhnliche und gar nicht triumphierende Erklärungen abgegeben. Das Land, so sagte er, braucht nun, um seine äußerst schwierigen Probleme - die Zypernfrage und die hohe Inflationsrate - lösen zu können, die Mitarbeit nicht nur der Mehrheit, sondern des gesamten griechischen Volkes. Man konnte sogar dem Inhalt seiner Erklärung entnehmen, daß er zur Festigung der Demokratie in Griechenland eine Allparteienregierung anstrebt. Das aber wird sich erst in den nächsten Tagen entscheiden.

Und bereits in drei Wochen, am 8. Dezember, werden die Griechen wieder zu den Wahlurnen gehen, um dann in einem Referendum die endgültige Staatsform festzulegen: Republik oder Monarchie.

Dr. Basil P. Mathiopoulos  
(~/18.11.1974/ks/ben)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller